

13.02.2017

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der FDP

Gibt es ein Konzept der Landesregierung für den weiteren Umgang mit Ditib?

Am Donnerstag, den 9. Februar 2017, hat der Leiter des Verfassungsschutzes NRW Burkhard Freier vor dem Innenausschuss erklärt, dass mindestens 13 Imame des Islamverbandes Ditib angebliche Anhänger der Gülen-Bewegung aus Nordrhein-Westfalen der staatlichen türkischen Religionsbehörde Diyanet gemeldet haben. Es seien die Namen von 33 bespitzelten Personen und elf Institutionen aus dem Bildungsbereich geliefert worden, darunter fünf Lehrer. Die FAZ berichtete am 6. Februar 2017, dass Verwandte von einem der denunzierten Religionslehrer in der Türkei vom türkischen Geheimdienst befragt worden seien und diese ihm daraufhin dringend von Reisen in die Türkei abgeraten hätten.

Dass es sich hierbei nicht, wie vom Ditib Generalsekretär Alboğa behauptet, lediglich um eine „Panne“ handelt, machen neben der Anzahl der betroffenen Personen zwei weitere Vorfälle deutlich, die auf ein strukturiertes Vorgehen schließen lassen. Direkt nach dem Putschversuch in der Türkei wurden laut der Welt am Sonntag vom 5. Februar 2017 auch mehrere Ditib-Imame in Deutschland entlassen und in die Türkei zurückbeordert. Zwei von ihnen klagen vor dem Arbeitsgericht Köln auf Wiedereinstellung. Einer der Kläger berichtet, dass mehrere rückbeordnete Imame unmittelbar nach ihrem Eintreffen in der Türkei verhaftet worden seien.

Laut dem Rechercheportal Correctiv vom 2. Februar 2017 wurde zudem ein deutscher Lehrer mit türkischen Wurzeln von einem Ditib-Imam an der Teilnahme eines Zertifikatskurs des Schulministeriums NRW für islamischen Religionsunterricht gehindert. Wegen angeblicher Nähe zur Gülen-Bewegung wurde dem Lehrer die notwendige Bescheinigung muslimischen Glaubens verweigert. In einer Chatgruppe Kölner Ditib-Imame mit dem Namen „Attaché Köln“ auf Whatsapp soll dieser Ditib-Imam andere Imame aufgefordert haben, dem Lehrer ebenfalls keine Bescheinigung über seinen Glauben auszustellen, um zu verhindern, dass der Lehrer in Nordrhein-Westfalen islamischen Religionsunterricht geben kann.

Datum des Originals: 13.02.2017/Ausgegeben: 13.02.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Die FDP-Fraktion hat schon am 5. September 2016 und seit dem Bekanntwerden der Spionage-Vorwürfe gegen Ditib-Imame nahezu wöchentlich gefordert, dass eine vollständige organisatorische und finanzielle Trennung der Ditib von der türkischen Regierung Grundvoraussetzung für eine weitere Zusammenarbeit mit dem Land Nordrhein-Westfalen sein muss.

Diese Sichtweise scheint sich jetzt auch die Landesregierung – besser gesagt ein Teil von ihr – zu eigen zu machen. Integrationsminister Schmeltzer hat laut WDR-online vom 8. Februar unverblümt das Ende jeglicher Zusammenarbeit angekündigt, sofern Ditib nicht die Trennung vom türkischen Staat in ihrer Satzung verankere und auf die Finanzierung ihrer Imame durch die Türkei verzichte. Laut Kölnischer Rundschau erklärte der Minister ausdrücklich, dass es sich hierbei um eine abgestimmte Position der Landesregierung handele. Die Aachener Nachrichten meldeten hingegen, Schmeltzer habe darauf hingewiesen, dass er nicht alleine über mögliche Sanktionen zu entscheiden habe. Dies wiederum lässt Zweifel daran aufkommen, dass Schmeltzers Position von der gesamten Landesregierung mitgetragen wird.

Der Vorsitzende des nordrhein-westfälischen Landesverbandes der Ditib Ersin Özcan hat am 6. Februar 2017 im Interview mit der Westdeutschen Zeitung zudem erklärt, dass eine organisatorische und finanzielle Entflechtung von Ditib und Diyanet nicht geplant sei. Auch WDR-online stellt fest, dass offen sei, wie die Umsetzung praktisch funktionieren soll.

Vor diesem Hintergrund muss die Landesregierung im Rahmen einer Aktuellen Stunde erklären, mit welchen Maßnahmen sie den Schutz türkischer und deutscher Bürger in Nordrhein-Westfalen vor den oben geschilderten massiven Eingriffen in Zukunft gewährleisten und eine vollständige organisatorische und finanzielle Trennung der Ditib vom türkischen Staat bewirken will.

Christof Rasche

und Fraktion